

NÖ Armutsnetzwerk Pressemappe: „Leistbares Leben statt tiefer Gräben“ *Impulse für Wohnen, Arbeit, Gleichstellung und Sozialhilfe*

Pressekonferenz Mi 26.4.2023 um 9:00 Uhr, soogut Sozialmarkt Markt St. Pölten

1. Gutes Miteinander statt neuer Gräben - NÖ Armutsnetzwerk

Die schwarz-blaue Landesregierung, die vor über einem Monat in NÖ angelobt wurde, hat angekündigt Gräben schließen zu wollen. Wir nehmen allerdings wahr, dass sich für viele in Niederösterreich neue Gräben auftun oder sich bereits bestehende vertiefen.

Soziale Sicherheit braucht ein gutes Miteinander von Bund und Land, von sozialen Organisationen, von ehrenamtlich engagierten Menschen und vor allem die Verlässlichkeit stabiler, gesetzlicher Regelungen, die soziale Sicherheit geben.

Die soziale Sicherheit vieler Menschen in Niederösterreich ist bedroht: Durch Teuerungen in den Bereichen Wohnen, Energie, Lebensmittel, durch fehlende Perspektiven für arbeitslose Menschen, durch den Mangel an hochwertiger und flächendeckend verfügbarer Kinderbetreuungs- und Bildungsangebote und vor allem durch Gesetze, die keinen Schutz geben, wenn dieser benötigt wird, wie etwa die derzeitige Regelung der Sozialhilfe.

Als NÖ Armutsnetzwerk setzen wir uns täglich ein für gutes Miteinander ein, haupt- und oder ehrenamtlich, mit Engagement und Herzblut. Aber kein Engagement und Herzblut der Welt kann soziale Sicherheit gewährleisten, wenn gesetzliche Rahmenbedingungen Sicherheit und eine langfristige Perspektive verwehren, wenn Familien und Alleinstehende nicht wissen, wie lang sie sich die Wohnung noch leisten können, das Geld für Lebensmittel schon in der Monatsmitte knapp ist, wenn in einer Notlage die Sozialhilfe als Sicherungsseil vor dem Absturz versagt, oder eine Krankheit oder Behinderung zur Hürde bei der Arbeitssuche wird oder.

Wir appellieren daher an die Mitglieder der Niederösterreichischen Landesregierung, das im Wahlkampf plaktierte Miteinander für alle Menschen in Niederösterreich spürbar zu machen: dort wo sie wohnen, arbeiten, einkaufen, Familie und Beziehungen leben. Gelebtes Miteinander braucht soziale Sicherheit, braucht den Blick auf jene, die viel zu oft im Verborgenen sind. Wir sehen hin, wir zeigen auf und bringen Impulse für soziale Sicherheit für die Bereiche Arbeit, Wohnen und Energie, Gleichstellung sowie Sozialhilfe.

2. Andrang in den soogut Sozialmärkten bleibt ungebrochen groß

In den vergangenen beiden Jahren wurde die Gesellschaft von lebens einschneidenden Veränderungen geprägt. Quer durch alle „Schichten“ mussten neue Wege und Lebensformen gefunden werden. Menschen, die nie zuvor in finanziellen Nöten waren, kamen plötzlich verzweifelt in die Sozialmärkte. Die günstige Einkaufsmöglichkeit wurde für sie von großer Bedeutung. Am stärksten betroffen sind jedoch die, die immer schon jeden Euro mehrmals umdrehen mussten.

Dass sie in den soogut Märkten selbst über den Einkauf - über die Wahl der Produkte - entscheiden können, ist für sie unglaublich bedeutungsvoll und stärkt den Selbstwert. Denn in allen anderen Belangen fühlen sie sich ohnmächtig, haben das Gefühl, wenig zur Verbesserung ihrer finanziellen Situation beitragen zu können. In persönlichen Gesprächen erzählen sie über ihre Sorgen bzw. über die Einschnitte, die sich quer durch ihren Lebensalltag ziehen. Gekocht wird das, was leistbar ist und geheizt wird nur der Raum, in dem sich die Familie vorrangig aufhält. Katzenwäsche statt Duschen, denn mit dem warmen Wasser muss sehr sparsam umgegangen werden. Neue Wohngelegenheiten werden gesucht, die stark gestiegenen Mietaufwände und Preise für Lebensmittel lassen die Kund:innen schlichtweg verzweifeln.

Mittlerweile versorgen die soogut Sozialmärkte 43.500 Menschen an 12 Standorten und 9 mobilen Verkaufshaltestellen. 255 Stunden pro Woche sind die Märkte geöffnet, knapp 600 freiwillige Helfer:innen im Einsatz.

Zeitgleich mit all den Teuerungen, setzt ein starkes Umdenken in Richtung Nachhaltigkeit ein und beeinflusst Industrie und Handel. Durch das mehr und mehr effizienter gestaltete Bestellwesen fallen in den Handelsfilialen immer weniger Überschüsse an - die Menge der abzuholenden Warenspenden hat sich im vergangenen Jahr um etwa 5 Prozent im Vergleich zum Jahr 2021 reduziert, während der Zuwachs an Menschen, die bei uns einkaufen, im gleichen Zeitraum sich um knappe 30 Prozent vermehrt hat.

Für unsere Kund:innen bedeutet dies, dass die beinahe gleichbleibende Menge an Warenspenden auf über ein Viertel mehr Menschen aufgeteilt werden muss. Dieser Rückgang wird als massive Warenknappheit von den Kund:innen wahrgenommen, setzt sie enorm unter Druck.

Einen erheblichen Einbruch verzeichnen die soogut Sozialmärkte im Obst und Gemüsesegment. Dies bereitet große Sorgen, denn zusätzlich zur Versorgung mit Lebensmitteln ist das Ansinnen, armuts-betroffenen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich gesund und abwechslungsreich ernähren zu können.

Es braucht dringend Lösungen, die den Menschen, die an oder unter der Armutgefährdungsschwelle leben müssen, ein leistbares Leben auf allen Ebenen ermöglichen. Das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele darf nicht zu Lasten armutsbetroffener Menschen gehen. Raschen Handlungsbedarf sieht Wolfgang Brillmann, Geschäftsführer der soogut Sozialmärkte, v.a. bei der Politik. Denn die Versorgung mit lebensnotwendigen Nahrungsmitteln und Alltagsgütern sollte für alle Menschen gleichermaßen möglich sein.

Rückfragen an:

Ursula Oswald

Fundraising & Öffentlichkeitsarbeit
oeffentlichkeit@soogut.at | 0676 880 44654
www.soogut.at

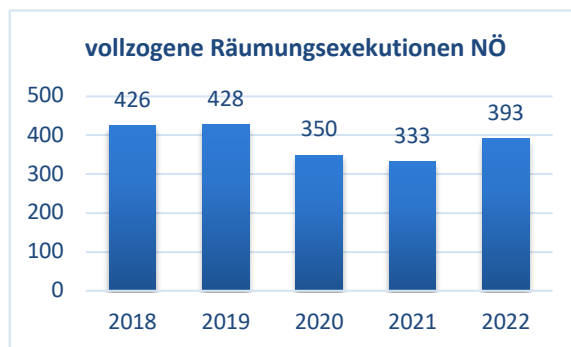


3. Existenzbedrohende Teuerungen im Bereich Wohnen und Energie fordern rasche und nachhaltige Maßnahmen: Carola Weiß, Verein Wohnen und Arbeit

Frau Müller¹ hat lange nach einer geförderten Wohnung für sich und ihren Sohn gesucht, ein sicheres Zuhause, das sie sich auch in ihrer Pension noch leisten kann - das war ihr immer wichtig und sie war so erleichtert, als sie eine kleine, aber zentrale Wohnung in einem geförderten Wohnbau gefunden hatte. - Doch dann kam nach vielen Jahren der Schock: die Wohnbeihilfe lief aus, gleichzeitig stiegen die Energiekosten an, die Wohnung wurde für sie damit unleistbar. Was tun?

In allen Lebensbereichen ist die Teuerung eines der Hauptthemen der Zeit, aber in keinem Bereich bedroht es die Existenz so schnell und nachhaltig, wie wenn es um das Thema Wohnen geht. - Denn die Ausgaben für Wohnen und Energie machen den größten Teil an allen Haushaltsausgaben aus². Besonders für Menschen mit niedrigem Einkommen sind Wohnkostenbelastungen über 40% keine Seltenheit.

Wir alle haben in den letzten eineinhalb Jahren die Auswirkungen durch die enorm steigenden Energiekosten gespürt³. Jene, die nicht über Wohneigentum verfügen, haben zusätzlich die steigenden Belastungen durch Mieterhöhungen, oder im geförderten Wohnbau durch Zinssteigerungen⁴, zu spüren bekommen. Während dies für die einen bedeutet den Gürtel etwas enger zu schnallen und an nicht notwendigen Dingen zu sparen, haben wir es in unserer täglichen Arbeit mit immer mehr Menschen zu tun, für die sich das Lebensnotwendigste nicht mehr ausgeht. Sie stehen vor der Frage: Miete zahlen, heizen oder Essen kaufen?



Quelle: Justizministerium, Grafik: C. Weiß

Dies wird langsam auch an den Delogierungszahlen sichtbar, die trotz laufender Projekte und Einmalzahlungen, die diese verhindern sollen, wieder im Steigen begriffen sind.

Wohnen ist ein absolutes Grundbedürfnis, weshalb leistbarer Wohnraum für alle verfügbar sein muss. Aber was heißt überhaupt leistbarer Wohnraum:

- nach Zahlung von Miete und Energiekosten muss noch genug Geld zum Leben übrigbleiben⁵
- weiters muss diese Leistbarkeit auf Dauer gesichert sein
- und die Wohnung muss einem Mindeststandard entsprechen (Heizung, Gesundheit, usw.)

Um dies gewährleisten zu können, braucht es Maßnahmen, um Wohnung und Energie abseits von Marktlogik und Gewinnmaximierung bereitzustellen.

¹ Name geändert.

² Statistik Austria, Konsumerhebung 2019/20: www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/ausgaben-und-ausstattung-privater-haushalte/ausgaben

für NÖ: [soz.stat.noe.2022.pdf\(arbeiterkammer.at\)](http://soz.stat.noe.2022.pdf(arbeiterkammer.at)), S. 125

³ Austria Energie Agenca – Energiepreisindex (EPI) im Jänner 2023 um 12,8% gestiegen: www.energyagency.at/aktuelles/epi-jaenner-2023

⁴ Große Sprünge – Genossenschaftsmieter ächzen unter Mieterhöhungen: www.derstandard.at/story/2000142507603/grosse-spruenge-genossenschaftsmieter-aechzen-unter-mieterhoehungen

⁵ Referenzbudgets der staatlich anerkannten Schuldnerberatungen:

www.schuldenberatung.at/downloads/infodatenbank/referenzbudgets/Referenzbudgets_Aktualisierung_2022_EndV.pdf

In welchen Bereichen sehen wir hier in NÖ **konkreten Handlungsbedarf**?

- Stärkung und Optimierung des kommunalen und geförderten Wohnungssektors inkl. Abbau von Zugangshürden und Maßnahmen zur Preisstabilität
- leistbare Energiegrundversorgung inkl. energietechnische Sanierung, die nicht auf die Mieter*innen abgewälzt wird
- Reform der Wohnbeihilfe

Diese Reform der Wohnbeihilfe⁶ fordern wir als Armutsnetzwerk und auch viele andere Initiativen seit Jahren, aber noch nie zeigte sich die Notwendigkeit so deutlich wie jetzt.

Was ist konkret das Problem:

- beschränkte Zielgruppe: Derzeit gibt es die Wohnbeihilfe / den Wohnzuschuss in Niederösterreich nur für Bewohnerinnen und Bewohner im geförderten Wohnbau. Aufgrund der hohen Einstiegskosten im geförderten Wohnbau, sind finanzschwache Haushalte aber oft von diesen Wohnungen und somit auch von der Wohnbeihilfe ausgeschlossen.
- keine dauerhafte Leistbarkeitsgarantie: Weitere Probleme ergeben sich durch das Auslaufen der Beihilfe, nachdem die Kredite für die Baukostenfinanzierungen ausbezahlt wurden. Ähnliches kann durch Veränderungen im Familiengefüge oder bei den Einkommen geschehen. Eine zuvor leistbare Wohnung ist es plötzlich nicht mehr.
nicht bei Sozialhilfe: Dazu kommt die Tatsache, dass die Wohnbeihilfe bei der Notwendigkeit des Bezuges von Sozialhilfeleistungen, vom Wohnanteil dieser abgezogen wird. D.h., dass sie bei den einkommensschwächsten Haushalten gar nicht ankommt.

Deshalb unser wiederholter Ruf nach einer bedarfsorientierten Wohnbeihilfe (Subjekt- und nicht Objektförderung), auf die alle einen Anspruch haben, die diese brauchen. Eine Beihilfe, die sich nach den tatsächlichen Kosten richtet und die Wohnung dauerhaft absichert.

Die wichtigsten Forderungen zusammengefasst:

- **Stärkung und Optimierungen des geförderten / des kommunalen Wohnungssektors**
- **Energiegrundversorgung abseits von Marktlogik und Gewinnmaximierung**
- **Reform der Wohnbeihilfe: bedarfsorientiert (Subjekt- nicht Objektförderung), Ausrichtung nach tatsächlichen Kosten, dauerhaft stabilisierend**

Rückfragen an:

Mag.^a (FH) Carola Weiß

Verein Wohnen und Arbeit, Heimleitung Übergangwohnheim
NetWo – Netzwerk Wohnungslosenhilfe NÖ, Obfrau Stellvertreterin
BAWO – Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, Vorstand
02752 / 52995

c.weiss@wohnenundarbeit.at



⁶ Wohnbauförderung Wohnzuschuss / Wohnbeihilfe: www.noe.gv.at/noe/Wohnen-Leben/Foerd_Wohnzuschuss_Wohnbeihilfe.html

4. Von schweren Steinen, die den Weg zu existenzsichernder Arbeit blockieren, Maria Nirnsee, arbeit plus - Soziale Unternehmen Niederösterreich

Die Gruppe Arbeitsmarktpolitik im Niederösterreichischen Armutsnetzwerk setzt auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen: für armutsgefährdete Menschen und für Soziale Unternehmen

Die aktuell positiven Dynamiken am niederösterreichischen Arbeitsmarkt dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es nach wie vor eine Vielzahl an Menschen gibt, die aufgrund struktureller Benachteiligungen **keinen Zugang zu existenzsichernder Erwerbsarbeit** haben. Im März 2023 waren in Niederösterreich 39.763 Personen beim AMS als arbeitssuchend gemeldet, **5.031** dieser Menschen sind schon mehr als ein Jahr ohne Erwerbsarbeit. 37,5% Prozent davon sind Frauen. Die Zahl der langzeitbeschäftigungslosen Arbeitslosen, (d.h. inkl. jener Personen, die beispielweise in Schulungen sind) ist weitaus höher. Sie liegt bei 10.371, davon sind 4.444 (42,8%) Frauen⁷. Auch wenn die Zahl der Langzeiterwerbsarbeitslosen in Niederösterreich rückläufig ist: Die Politik darf keinesfalls auf jene Menschen vergessen, deren **Langzeiterwerbsarbeitslosigkeit** sich **verfestigt**.

Längere Arbeitslosigkeit führt zu Armut

Je länger die Dauer der Erwerbsarbeitslosigkeit, desto höher die Armutsgefährdung:

Auch Frau Berger⁸ stand nach dem Verlust ihrer Arbeit immer häufiger vor der Frage: Miete zahlen oder Lebensmittel kaufen? Sie war Friseurin aus Leidenschaft und somit in einem klassischen Frauenberuf tätig, nach der Geburt ihres Sohnes teilzeitbeschäftigt - das Geld war schon damals knapp, doch gemeinsam mit dem Einkommen ihres Partners „ging es halt so irgendwie“ erzählt Frau Berger. Doch eine schwere Erkrankung machte es ihr unmöglich, weiterhin als Friseurin tätig zu sein. Es kam zur Trennung von ihrem Partner und als Alleinerziehende mit einer chronischen Erkrankung war es für Frau Berger nicht möglich, beruflich wieder einzusteigen.

Laut den aktuell veröffentlichten, auf den EU-SILC-Erhebungen basierenden, Armutsdaten der Statistik Austria⁹ aus dem ersten Halbjahr 2022 sind 67% jener Menschen, die mehr als ein Jahr arbeitslos sind, armutsgefährdet - auch nach Erhalt aller staatlicher Unterstützungsleistungen. Verkürzung von Arbeitslosigkeit und Arbeitsaufnahme sind die Schlüssel zu Existenzsicherung. Besonders für Frauen in ländlichen Regionen bedeutet dies häufig auch Eigenständigkeit und erweitert ihre Handlungsspielräume.

Soziale Unternehmen, die im Niederösterreichischen Armutsnetzwerk vertreten sind - u.a. die 31 Mitglieder von arbeit plus Niederösterreich -, unterstützen langzeiterwerbsarbeitslose Menschen dabei, wieder am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Sie tun das durch prozessorientierte, psychosoziale Beratung, durch Qualifizierung und zeitlich befristete Dienstverhältnisse. Die Erfahrung dieser Sozialen Unternehmen zeigt, dass für eine verlässliche Jobaufnahme und die Konzentration auf die Arbeitssuche stabile Lebensumstände notwendig sind.

Langzeitbeschäftigungslosigkeit hat gravierende Folgen für die Betroffenen: der Wegfall von Erwerbseinkommen bedeutet - insbesondere in Zeiten enormer Teuerungen - ein höheres Armutsrisiko und somit verminderte soziale Teilhabe. Wenn das Arbeitslosengeld nicht mehr armutsfest ist, verschärfen sich diese Problemlagen in rasender Geschwindigkeit. Um dies zu vermeiden ist eine **Valorisierung des Arbeitslosengeldes** unumgänglich.

„Wir kennen die Steine, die am Weg zu nachhaltiger Arbeitsaufnahme den Weg blockieren aus der tagtäglichen Arbeit der Sozialen Unternehmen: Es sind Existenzängste, Wohnungsunsicherheit, Mobilitätsarmut, Unsicherheit bezüglich der Versorgung der Kinder und Angehörigen, psychische und physische Belastungen sowie individuelle Entmutigungen, die Langzeiterwerbsarbeitslose auf ihrem Weg hindern“, weiß Maria Nirnsee, Geschäftsführerin von arbeit plus - Soziale Unternehmen Niederösterreich.

⁷ <https://iambweb.ams.or.at/ambweb/> GÜ 500

⁸ Name geändert.

⁹ <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/armut>

Unsere Botschaft an die Niederösterreichische Landesregierung

Um diese Steine aus dem Weg zu räumen, braucht es nicht mehr Druck. Vielmehr braucht es Rahmenbedingungen, die das gemeinsame Bestreben, niemanden zurückzulassen, überhaupt erst ermöglichen. Das bedeutet konkret: ein intensiver Diskurs zwischen Vertreter:innen von am Arbeitsmarkt benachteiligten Menschen und der Politik, insbesondere der neuen NÖ Landesregierung - ein gemeinsames Commitment und die Kooperation unterschiedlicher Fördergeber:innen, um mit vereinten Kräften an den richtigen Hebeln anzusetzen.

Die Gruppe Arbeitsmarktpolitik im NÖ Armutsnetzwerk begrüßt das im Arbeitsübereinkommen 2023 - 28 festgehaltene **Bekenntnis zum Engagement gegen Langzeitarbeitslosigkeit** und den **Fokus auf die Inklusion von Menschen mit Behinderungen und gesundheitlichen Einschränkungen** in den Arbeitsmarkt.

Die Sozialen Unternehmen stehen mit ihrer Expertise und ihrem Know-How bereit. Doch auch sie bedürfen stabiler Bedingungen, wie etwa mehrjährige Förderverträge, um als Wegbereiter:innen für benachteiligte Menschen ihre Arbeit tun zu können. Und gerade das braucht es in instabilen Zeiten: **Stabile, niederschwellige, stufenweise Angebote für arbeitsmarktferne Personen**. Sie unterstützen nicht nur die armutsgefährdeten Menschen selbst, sondern wirken durch arbeitsplatznahe Qualifizierung und Kooperationen mit der Wirtschaft dem Arbeitskräftemangel entgegen. Es braucht faire Entlohnung sowie begleitende Maßnahmen im Sinne ganzheitlicher Angebote.

Durchlässigkeit sowie sozial und ökologisch innovative Ansätze

Um das Recht auf Arbeit von Menschen mit Behinderung / gesundheitlichen Einschränkungen zu gewährleisten, müssen innovative Modelle entwickelt werden: Lohn statt Taschengeld, individuelle Assistenzangebote und vor allem Durchlässigkeit zwischen unterstützten Formen der Beschäftigung und selbständiger Tätigkeit am allgemeinen Arbeitsmarkt.

Mit Hinblick auf den **Tag der Erwerbsarbeitslosen**, der am 29. April international auf die Situation von Menschen ohne existenzsichernde Arbeit hinweist, möchten wir die Verantwortlichen einladen, weiter mit uns in Dialog zu bleiben und gemeinsam Strategien zu entwickeln, die gesellschaftlichen Mehrwert zeitgleich auf unterschiedlichen Ebenen erzielen. So erweist sich die Investition in Zukunftsfelder, wie etwa im Bereich der **Kreislaufwirtschaft**, als besonders lohnend.

Mit arbeitsmarktpolitischen, sozial und ökologisch innovativen Projekten kann es gelingen, die „schweren Brocken“, wie etwa die Verschärfung von Armutgefährdung angesichts des Klimawandels, die sich uns noch in den Weg legen werden, ein Stück weit zu bewegen.

Rückfragen an:

Dr. in Martina Königerhofer

martina.koenighofer@arbeitplus.at

+43 676 880 44 88

<https://niederoesterreich.arbeitplus.at/>

5. Soziale Sicherheit - Gleiche Teilhabe für alle Geschlechter! - Silke Lohberg, zb - zentrum für beratung, training & entwicklung

„Die Zukunft ist weiblich“ titelte die angesehene Psychoanalytikerin und Feministin Margarete Mitscherlich bereits 1987.¹⁰ Ist sie das? – Heute, 35 Jahre später, in Niederösterreich?

In Hinblick auf den Anteil der Frauen an der niederösterreichischen Wohnbevölkerung im Jahr 2022 können wir mit Ja antworten: 50,73 % oder 861.800 Menschen - also mehr als die Hälfte - sind Frauen.¹¹

Frauen bleiben nach wie vor unsichtbar

Doch im 36-seitigen Arbeitsübereinkommen der neuen Landesregierung, die „Niederösterreich weiterbringen“ will, werden Frauen lediglich sechsmal erwähnt - konkret im Kontext des Gewaltschutzes im Kapitel „Familie & Kinder“.

Ansonsten werden sie anonym eingereiht in die Gemeinschaft der Eltern und der Familie. Auch im Bereich Pflege wird von pflegenden Angehörigen gesprochen, wenn der Grundsatz angekündigt wird: Daheim vor stationär!

Frauen bleiben unsichtbar wie auch die von ihnen zu 2/3 geleistete unbezahlte Care- und Sorgearbeit. NÖ bietet Wahlfreiheit und Anerkennung für jene Familien an, die ihre Kinder zu Hause betreuen möchten.

Doch „Anerkennung für Familien“ allein schafft für Frauen weder finanzielle Unabhängigkeit noch pensionsrechtliche Ansprüche im Alter. Ein-Eltern-Familien werden zudem nicht mitgedacht, nach Schätzungen 2021 waren bereits 70% der Alleinerzieherinnen und ihre Kinder von Armut betroffen, Tendenz steigend.¹²

Fehlende Gendergerechtigkeit

Um die Care- und Sorgearbeit auch tatsächlich leisten zu können, arbeiten knapp die Hälfte der niederösterreichischen Arbeitnehmerinnen in Teilzeit. Vor allem Frauen in ländlichen Regionen wählen diese Beschäftigungsvariante. Teilzeitbeschäftigte verfügen über ein geringeres Grundeinkommen und werden darüber hinaus auch pro Stunde geringer entlohnt. Diese Benachteiligung geht einher mit geschlechtsspezifischen Lohnunterschieden bei gleicher Arbeit von Frauen und Männern. Wir sprechen hier vom Gender Pay Gap –

Armut ist weiblich

während die Koalition sich zum Ziel setzt, in Publikationen auf Gender-Stern oder Gender-Gap zu verzichten. NÖ tradiert Geschlechterstereotype und ignoriert, dass der Gender Pay Gap direkt zum geschlechtsspezifischen Pension Gap (42,1 %)¹³ und in die Frauen-Armut führt. Die sozialen Sicherungssysteme wie Arbeitslosen- und Pensionsversicherung basieren auf einer ununterbrochenen Vollzeit-Erwerbsbiografie. Die Erwerbstätigkeit von Frauen ist aufgrund unbezahlter Sorge- und Carearbeit vielfach unterbrochen, in Teilzeit und häufig im Niedriglohnssektor. Niedrige Pensionen und Altersarmut von Frauen sind die Folge.¹⁴

¹⁰ Margarete Mitscherlich, Die Zukunft ist weiblich, 1987

¹¹ [soz.stat.noe_2022.pdf \(arbeiterkammer.at\)](#)

¹² [Kein Mietpreisdeckel, keine Unterhaltsgarantie: Kinder von Alleinerzieherinnen leben in Armut und Ausgrenzung | Verein Feministische Alleinerzieherinnen - FEM.A, 11.04.2023 \(ots.at\)](#)

¹³ vgl. [Frauengesundheitsbericht 2022 FINAL.pdf](#), S. 18.

¹⁴ vgl. [Frauengesundheitsbericht 2022 FINAL.pdf](#), S. 19-20.

Diese strukturelle Diskriminierung hat ihre Ursache in geschlechterstereotypen Zuschreibungen und tradierten Rollenbildern. Stereotypisierungen sind rückwärtsgewandt, bremsen den Fortschritt und bringen Niederösterreich nicht weiter.

Die Integration differenter Lebensentwürfe ist die Voraussetzung für die Vision einer Gesellschaft, deren Selbstverständnis durch die Werte Autonomie, Verantwortung, Gleichberechtigung und Solidarität bestimmt ist.

Menschenrechte verpflichten

Dass die Zukunft weiblich ist, wie eingangs zitiert, lässt sich in Niederösterreich aktuell nicht aufrecht erhalten. Es gilt stattdessen: Armut ist weiblich und Ausdruck der fehlenden Geschlechtergerechtigkeit am Arbeitsmarkt sowie der Ungleichverteilung von Berufs- und Lebenschancen. Die gleichberechtigte und umfassende Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben ist ein Menschenrecht und untrennbarer Bestandteil von Selbstbestimmung als Kern der Menschenwürde.

Rückfragen an:

Mag.^a Silke Lohberg

Teamleitung Frauenberufszentrum St. Pölten

0676 84841025

s.lohberg@zb-beratung.at

6. In der Krise Sicherheit geben – Reformbedarf Sozialhilfe - Barbara Bühler, NÖ Armutsnetzwerk

Frau Mayer sieht mich mit einer Mischung aus Entsetzen und Fassungslosigkeit an: „Heißt das, ich kann meine Miete nicht mehr selber zahlen sondern muss meinem Vermieter sagen, dass ich Sozialhilfe beziehe? Ich will nicht, dass mein Vermieter das weiß! Ich habe doch meine Miete immer pünktlich bezahlt!“

Was Frau Mayer so fassungslos macht, ist leider für Menschen in Niederösterreich, die auf Leistungen der Sozialhilfe angewiesen sind, Realität: Denn seit der Reform 2019/2020 wird der Wohnbedarf der Sozialhilfe nicht mehr an anspruchsberechtigte Person überwiesen, sondern als pauschalierte Sachleistung an den Vermieter. Betroffene, wie Frau Müller, wird damit die Möglichkeit genommen ihre Miete weiterhin selber zu überweisen. Das erleben viele als entwürdigend und führt in der Praxis zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand, da der pauschalierte Wohnbedarf der Sozialhilfe in der Regel nicht ausreichend um die faktischen Mietkosten abzudecken. Der Verfassungsgerichtshof hat die entsprechende Regelung im Grundsatzgesetz im März 2023 aufgehoben – Niederösterreich kann also die bisherige Praxis ändern und den Wohnbeitrag der Sozialhilfe wieder als Geldleistung an die Bezieher*innen auszahlen.

Doch das ist nicht die einzige „Baustelle“ im Hinblick auf die Sozialhilfe in NÖ, vielmehr war diese von Anfang an durchsetzt von fundamentalen „Baumängeln“ die verhindern das Menschen in einer Krisensituation existenziell abgesichert werden. Die schwarz blaue Landesregierung hat angekündigt Gräben schließen zu wollen, die Sozialhilfe in NÖ hat Gräben aufgerissen bzw. sie verbreitert.

Um soziale Sicherheit zu geben braucht es eine umfassende Reform der Sozialhilfe und zwar in einem Miteinander von Bund und Land. Um ihrem Anspruch, in einer Notsituation vor Armut zu schützen, gerecht zu werden braucht es u. a.:

Wiedereinführung von Mindestsätzen:

Nur wenn der Anteil für Wohnen und Leben sich an den tatsächlichen Kosten der Menschen orientiert, kann sichergestellt werden, dass auch in einer Notsituation der Wohn- und Lebensbedarf gedeckt werden kann und soziale Teilhabe möglich ist.

Orientierung der Richtsätze an tatsächlichen Kosten:

Um die faktischen Wohnkosten zumindest potentiell abzudecken, ist es notwendig den Wohnanteil der Sozialhilfe an den ortsüblichen Wohnkosten zu orientieren. Dies ist im bestehenden Modell nicht der Fall. Die durchschnittliche Bruttomiete (inkl. Betriebskosten) pro Wohnung in Euro in Niederösterreich betrug im 2. Quartal 2022 574 Euro (2021 waren es noch 553 Euro).¹⁵ Der Wohnkostenanteil der Sozialhilfe beträgt dem gegenüber 2022 nur 391,18 Euro¹⁶ für eine alleinstehende Person die entsprechende Wohnkosten nachweisen kann. Hier klafft eine Lücke, die es gilt zu schließen.

Rechte statt Almosen - Verankerung sozialer Rechte:

Die Armutskonferenz hat einen Entwurf für ein Bundesverfassungsgesetz soziale Sicherheit erarbeitet.¹⁷ Artikel zwei dieses Entwurfs besagt „Jeder Menschen hat das Recht auf Mindestversorgung, die ein menschenwürdiges Dasein, insbesondere materielle Sicherheit, soziale und gesellschaftspolitische Teilhabe, gewährleistet“.

Rückfragen an:

Mag.^a (FH), Bakk.^a phil. Barbara Bühler
Koordinatorin und Obfrau NÖ Armutsnetzwerk
0650/ 37 577 81
armut_in_noe@gmx.at

¹⁵ Sozialstatistisches Handbuch AK Niederösterreich Kapitel 3.3.3. Wohnungsaufwand 2011- 2021 (Mikrozensus)

¹⁶ www.noe.gv.at/noe/Sozialhilfe/Richtsaeetze_Sozialhilfe.html

¹⁷ www.armutskonferenz.at/media/armutskonferenz_verfassungsgesetz_sociale_sicherheit_entwurf.pdf

7. Ruine Sozialhilfe: Ein neues sicheres Gebäude bauen, das Existenz, Chancen und Teilhabe gewährleistet - Martin Schenk, Die Armutskonferenz

Von der Sozialhilfe ist mittlerweile nur mehr eine eingestürzte Ruine über. Das oberste Gericht hat zum wiederholten Male Bestimmungen des Sozialhilfegesetzes als verfassungswidrig erkannt. Die Trümmer des Gesetzes liegen jetzt herum, viele davon drohen Menschen im Umkreis auf den Kopf zu fallen. Wir müssen ein neues sicheres Gebäude bauen, das Existenz, Chancen und Teilhabe gewährleistet.

Wer Ärmeren helfen will, darf zur schlechten Sozialhilfe nicht schweigen

In der Teuerung haben wir von vielen Seiten – vom Wirtschaftsforschungsinstitut bis zum Fiskalrat – gehört, dass den Ärmeren jedenfalls unter die Arme gegriffen werden soll. Wer davon spricht, Ärmeren zu helfen, darf zur schlechten Sozialhilfe aber nicht schweigen. Zu besonders drastischen Kürzungen kommt es im Sozialhilfegesetz bei Menschen mit Behinderungen, deren Unterhaltsforderungen jetzt österreichweit als Einkommen gewertet werden. Kinder sind von Kürzungen gravierend betroffen und vielfach in ihrer Entwicklung eingeschränkt. Eine weitere massive Verschlechterung betrifft die Leistungen fürs Wohnen, auch die Wohnbeihilfe wird jetzt von den zuständigen Behörden einbehalten. Mindeststandards gibt es keine mehr.

Instrumente der Mindestsicherung sind für Krisen gemacht. Das ist ihre Bewährungsprobe. Wenn ein Regenschirm nicht den Regen abhält, wenn das Kletterseil nicht den Sturz abfängt, wenn der Bretterboden nicht stabil vor dem dunklen Keller schützt - wenn also Sozialhilfe gerade in der Krise nichts taugt, dann hat sie ihre Aufgabe verfehlt. Die Sozialhilfe ist eine kaputte Brücke, die über dem reißenden Fluss bricht.

Neue Mindestsicherung: Grundrechte statt Almosen, Chancen statt Abstieg, Achtung statt Beschämung

Wir brauchen eine neue Mindestsicherung, die Existenz, Chancen und Teilhabe sichert. Um der sozialen Krise effektiv entgegenzutreten zu können, braucht es: Grundrechte statt Almosen, Chancen statt Abstieg, sozialer Ausgleich statt Spaltung, Achtung statt Beschämung. Die Armutskonferenz hat 19 Punkte für eine bessere Mindestsicherung vorgelegt, die eine effektive Soforthilfe, kürzere Entscheidungsfristen, Dienstleistungen und Alltagshilfen, Ausbildungsoptionen, Unterhaltsreform, Anspruch auf Einbeziehung in die Krankenversicherung bei Krankheit und den tatsächlichen Wohnbedarf umfasst,

Rückfragen an:

Mag. Martin Schenk

Sozialexperte sowie Stv. Direktor der Diakonie Österreich, Mitbegründer der Armutskonferenz

0664/5445554

martin.schenk@diakonie.at

www.armutskonferenz.at/



**Ein gutes Miteinander braucht soziale Sicherheit: Impulse für leistbares Leben
Soziale Sicherheit: Sozialhilfe reformieren, damit diese soziale Sicherheit gibt.**

- Orientierung des Anteils fürs Wohnen in der Sozialhilfe an tatsächlichen Wohnkosten
- Abbau bürokratischer Hürden der Sozialhilfe und Bewilligung von Zusatzleistungen für Miet- und Energiekosten
- soziale Sicherheit ermöglicht Selbstbestimmung. Es braucht einen individuellen Anspruch auf Sozialhilfe und rasche Bearbeitung der Anträge, um selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.¹⁸
- (Wieder)Einführung von Mindestsätzen (statt wie derzeit Höchstbeträgen), diese müssen sich an realen Kosten orientieren und jedenfalls über der Armutgefährdungsschwelle liegen bzw. sich an den Referenzbudgets¹⁹ der Schuldnerberatung orientieren

Wohnen als Basis: Reform der Wohnbeihilfe, leistbaren Wohnraum sichern.

- Wohnen abseits von Marktlogik und Gewinnmaximierung ermöglichen:
- Stärkung und Optimierungen des geförderten / des kommunalen Wohnungssektors
- Reform der Wohnbeihilfe mit Ausweitung des Bezieher*innenkreises, ausgerichtet an tatsächlichen Kosten und dauerhaft stabilisierend
- leistbare Energiegrundversorgung: dauerhafte Entlastung im Hinblick auf die stark gestiegenen Preise für Energie (Heizen, Strom,...).
- kein Abzug der Wohnbeihilfe vom Wohnkostenanteil der Sozialhilfe

Zugang zu existenzsichernder Arbeit ermöglichen.

- Valorisierung des Arbeitslosengeldes
- Hindernisse am Weg zu nachhaltiger Arbeitsaufnahme, wie Mobilitätsarmut oder nicht ausreichende Care-Angebote, aus dem Weg räumen.
- Durchlässige, sozial- und ökologisch nachhaltige, stabile, niederschwellige und stufenweise Modelle durch entsprechende Rahmenbedingungen für Soziale Unternehmen ermöglichen

Soziale Rechte verankern – Teilhabe ermöglichen

- Sorgearbeit bzw. Sorge für andere, darf nicht zu Armut führen: Lohnunterschiede abbauen, soziale Sicherheit und Teilhabe für Frauen in unterschiedlichen Lebensphasen ermöglichen
- Soziale Menschenrechte in der Verfassung verankern.
- Das SozialRechtsNetz der Armutskonferenz hat dafür einen konkreten Entwurf ausgearbeitet²⁰, das NGO Forum der Volksanwaltschaft hat sich 2022 diesem Thema gewidmet: jetzt geht es um die Umsetzung!

Rückfragen:

Mag.^a (FH), Bakk.^a phil. Barbara Bühler
Kordinatorin und Obfrau NÖ Armutnetzwerk
0650/ 37 577 81
armut_in_noe@gmx.at

Pressemappe und Fotos finden Sie voraussichtlich am Tag der PK am Nachmittag auf unserer Homepage:
www.noe-armutsnetzwerk.at

¹⁸ https://www.armutskonferenz.at/media/armutskonferenz_sozialhilfe_probleme_sanierungsvorschlaege_2021.pdf

¹⁹ https://www.schuldenberatung.at/downloads/infodatenbank/referenzbudgets/Referenzbudgets_Aktualisierung_2021_EndV.pdf

²⁰ https://www.armutskonferenz.at/media/armutskonferenz_verfassungsgesetz_sociale_sicherheit_entwurf.pdf

Das **NÖ Armutsnetzwerk** ist ein unabhängiges, überparteiliches und überkonfessionelles Netzwerk aus 32 Organisationen und 42 Personen und als regionales Netzwerk Teil der österreichischen Armutskonferenz.

Ziel des NÖ Armutsnetzwerks ist es, Probleme von Menschen, die von Armut betroffen sind, aufzuzeigen, Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten und sich für deren Umsetzung einzusetzen.

Die **Mitgliedsorganisationen** des NÖ Armutsnetzwerks (Stand April 2023):

AK Niederösterreich, arbeit plus – Soziale Unternehmen Niederösterreich, Arge SÖB Niederösterreich, Auge Arbeitsgemeinschaft unabhängige und grüne Gewerkschaften, Beratungsstelle FAIR Volkshilfe Wien, bewok- Beratung gegen Wohnungsverlust, Büro für Diversität der Stadt St. Pölten, Caritas Erzdiözese Wien, Caritas Diözese St. Pölten, Diakonie Flüchtlingsdienst, Emmausgemeinschaft St. Pölten, Frauenzentrum St. Pölten, Frauenplattform Krems, Frauen für Frauen, HSSG- Hilfe zur Selbsthilfe seelische Gesundheit, Jugend und Lebenswelt, Katholische Aktion der Diözese St. Pölten, katholisches Bildungswerk kbw, NÖ Landesverein für Erwachsenenschutz – Erwachsenenvertretung, Bewohnervertretung, Tender Verein für Jugendarbeit, Psychosoziales Zentrum Schiltern GesmbH, PSZ gGmbH, Rotes Kreuz NÖ, soogut Sozialmarkt GmbH, Schuldnerberatung NÖ gGmbH, Verein Haus des Lernens, Verein Frauenzentrum St. Pölten, Verein Soziale Initiative Gmünd, Verein Wohnen Verein, Wohnen und Arbeit, Vertretungsnetz, Volkshilfe NÖ, zb - zentrum für beratung, training & entwicklung